

LandesArbeitsGemeinschaft Recht/Prostitution NRW

LAG Recht/Prostitution c/o MADONNA e.V. Gußstahlstr. 33 44793 Bochum

LAG-Recht/Prostitution NRW

Dortmunder Mitternachtsmission e.V.
Beratungsstelle Nachtfalter Essen
Beratungsstelle KOBER Dortmund
MADONNA e.V. Bochum
Gesundheitsamt Düsseldorf
Gesundheitsamt Duisburg
Gesundheitsamt Essen
Gesundheitsamt Marl
Gesundheitsamt Wuppertal

c/o MADONNA e.V.
Gußstahlstraße 33
44793 Bochum
Tel: 07000-6236662
Fax: 0700-6236662329
LAGRecht@Madonna-ev.de

Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft Recht/Prostitution zur Diskussion von Menschenhandel in die Prostitution (Zwangsprostitution), Arbeitsmigration in die Prostitution und Prostitution als legale sexuelle Dienstleistung im Sinne des ProstG

13.04.2005

Seit einiger Zeit berichten die Medien verstärkt über Menschenhandel in die Prostitution (Zwangsprostitution), Arbeitsmigration in die Prostitution und Prostitution als sexuelle Dienstleistung. Dabei werden diese verschiedenen Bereiche häufig vermischt. Wir halten es für wichtig, dass hier klar unterschieden wird:

Prostitution i. S. des Prostitutionsgesetzes (ProstG) ist eine freiwillig erbrachte sexuelle Dienstleistung, die einen einvernehmlichen Vertrag zwischen erwachsenen GeschäftspartnerInnen voraussetzt.

Durch das ProstG wird denjenigen rechtliche Sicherheit und Zugang zu den Sozialversicherungssystemen gewährt, die diese Tätigkeit freiwillig ausüben. Legale Arbeitsbedingungen und menschenwürdige Arbeitsplätze tragen dazu bei, Prostitution zu entkriminalisieren und den Ausstieg aus der Prostitution zu erleichtern.

Migration zum Zwecke der Ausübung der Prostitution ist gleichzustellen mit anderen Formen der Arbeitsmigration. MigrantInnen, die zu diesem Zweck einreisen, unterliegen den gleichen rechtlichen Bestimmungen wie andere ArbeitsmigrantInnen.

Menschenhandel in die Prostitution (Zwangsprostitution) ist sexuelle Gewalt an Frauen und ein Straftatbestand im Sinne des Strafgesetzes (StGB, §§ 232 ff.) und damit ein schweres Verbrechen.

Eine Vermischung führt zu falschen Perspektiven und Deutungen und verhindert einen korrekten und adäquaten Umgang mit der Thematik, z.B. Gesetzesentwürfen, polizeilichen Maßnahmen, Stellungnahmen etc.

Deshalb plädieren wir für eine konstruktive und sachgerechte Diskussion und Berichterstattung zu diesen Themen.